

9 Spezialdebatte (15.06 Uhr)

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen mit der Gemeinderatssitzung wieder fort. Wir kommen zur Spezialdebatte und ich darf, als erste Rednerin, Frau Gemeinderätin Sahar Mohsenzada ans Rednerpult zu bitten.

9.1 GRⁱⁿ Mag.^a Sahar Mohsenzada, KPÖ (15.06 Uhr – 15.16 Uhr)

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal und vor dem Livestream. Ein Budget zu erstellen, ist keine leichte Aufgabe. Ein Budget in Zeiten wie diesen zu erstellen, ist eine wahre Herausforderung, aber ein Budget zu erstellen mit zusätzlich erschwerten Bedingungen ist schon fast ein Ding der Unmöglichkeit. Daher gilt mein Dank an dieser Stelle allen Mitarbeiter:innen in der Finanzdirektion. Stellvertretend für alle möchte ich mich ganz besonders bei Mag. Johannes Müller bedanken und hervorhebende, dass er es in so einer kurzen Zeit geschafft hat, sich einzuarbeiten und einen Durchblick über die durchaus komplexe Finanzsituation der Stadt Graz und all ihrer Beteiligungen zu verschaffen. Einer der nicht ganz neu ist, aber der immer einen Dank finden wird in meinen Reden, ist Michael Kicker, der uns in altbewährter Manier Jahr für Jahr begleitet, wenn es um die Budgeterstellung geht und uns Gemeinderät:innen, die durchaus nicht ganz unkomplizierte VRV transparenter und verständlicher erklärt. Um zu meinem Eingangsstatement zurückzukehren: Das letzte Jahr war nicht einfach. Diejenigen, die sich mit den Stadtfinanzen beschäftigen, wissen das. Aber auch Sie, liebe Bürger:innen der Stadt Graz haben die Schlagzeilen mitverfolgt, die durchaus zu Verunsicherung geführt haben. Letztes Jahr im November warnte der Stadtrechnungshof vor einer

Zahlungsunfähigkeit der Stadt. Im Juli folgte dann der nächste Schlag als die steiermärkische Landesregierung beschloss, das Pflegeleistungs- und Finanzierungsgesetz zu reformieren, was eine Mehrbelastung von 80 Millionen Euro für den Zeitraum von 2024 bis 2028 für die Stadt Graz bedeuten würde. Dennoch ist es den Kolleg:innen aus der Finanzdirektion und dem Büro von Stadtrat Eber gelungen, trotz der stetig auseinandergehenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben, was gemeinhin als „Krokodilmaul“ bezeichnet wird, ein Budget zu erstellen, das auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit beruht. Man kann also sagen, das Budget 2024 ist ausfinanziert, aber nicht ausgeglichen, denn einige Faktoren sind hier noch nicht miteingerechnet. Es fehlen die Ergebnisse aus den Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund, weitere Verhandlungen mit dem Land Steiermark über ÖV und Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz sowie die Entlastungen durch das „Kommunale Plus“ – also das Unterfangen, bei dem die Stadt bei sich selbst spart und neue Einnahmepotenziale definiert. Meine Kollegin Daniela Katzensteiner hat schon in ihrer Rede schon ausführlich erklärt, wie sich das Budget zusammensetzt, daher werde ich Ihnen Wiederholungen ersparen. Ich würde gerne auf die jene eingehen, die große Verunsicherung stiften, obwohl Sie in keinster Weise in diesem Budget benachteiligt werden. Fangen wir bei der Abteilung für Bildung und Integration an. Diese erhält nämlich 58,7 Millionen Euro. Das ist das größte Stück Kuchen im Diagramm mit 30 % des Gesamtbudgets. 2024 wurde das Bildungsbudgets zusätzlich um 7,6 Millionen Euro beziehungsweise um rund 15 % erhöht. Also zur Verdeutlichung: Den sieben Mitgliedern der Grazer Stadtregierung stehen 2024 insgesamt 196 Millionen Euro zur Verfügung. Die Hälfte davon, also 95,4 %, sind für Sport- und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner reserviert. Und trotzdem unterstellt er: „Rot-grün-rot kürzt bei der Bildung“ oder „Kinderbetreuung und Schulen werden von Rot-grün-rot links liegen gelassen“. Eine weitere Behauptung lautet: „In der Bildung fehlen 6 Millionen Euro, die für den laufenden Betrieb dringlich notwendig wären.“ Doch auch diese halten einem Faktencheck nicht stand. Denn wie schon vorher erwähnt habe, wurde das Bildungsressort um über 7 Millionen Euro aufgestockt. Das ist aber auch noch nicht alles, denn die Stadt Graz wartet nach wie vor auf die versprochenen Finanzmittel vom

Land Steiermark, die durch das von ÖVP-Bildungslandesrat Werner Amon geschnürte Paket für die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen freiwerden sollen. Auf Antrag der ÖVP hat der Grazer Gemeinderat am 20. Oktober 2022 einstimmig beschlossen, dass diese Mittel zweckgebunden in diesem Ressortbereich eingesetzt werden. Der Antrag spricht explizit von 5 bis 7 Millionen Euro pro Jahr die der Stadt Graz, bitte lassen Sie mich ausreden, Herr Stadtrat, Sie können danach noch in Ihrer eigenen Rede ausführlicher darauf eingehen, aber es ist jetzt meine Redezeit. Also bitte. Auf Antrag der ÖVP am 20. Oktober 2022 haben wir beschlossen, dass diese Mittel zweckgebunden in diesem Ressortbereich eingesetzt werden. Der Antrag spricht explizit von 5 bis 7 Millionen Euro pro Jahr die der Stadt Graz zusätzlich zur Verfügung stehen sollen. Das hat auch Stadtrat Hohensinner selbst in der Grazer Woche festgestellt. Doch diese Gelder finden sich im Budgetvoranschlag nicht wieder. Bislang sind lediglich 400.000 Euro an die Stadt Graz überwiesen worden, so die Abteilung für Bildung und Integration. Sie können sicher sein, dass sobald die versprochenen Millionen der Stadt überwiesen werden, diese selbstverständlich der Bildung zur Verfügung stehen werden. Lieber Stadtrat Hohensinner, vielleicht sollten Sie da zielführende Gespräche mit Ihrem Parteikollegen und Bildungslandesrat Werner Amon führen. Ich möchte aber auch noch auf ein weiteres Zitat von Ihnen eingehen, Herr Hohensinner, und zwar als sie meinten: „Rund 10 Millionen Euro wurden vom Städtebund und Land Steiermark für die Stadt Graz in Aussicht gestellt“, Finanzstadtrat Eber würde sich aber weigern, diese ins Budget einzustellen. Doch Fakt ist: Im Rahmen der sogenannten „Zukunftsmilliarde“ vom Bund gibt es eine Zweckwidmung einiger Gelder für den Bildungsbereich. Wie und wann die Gelder an die Stadt Graz ausbezahlt werden, ist aber noch nicht klar und eine seriöse Budgeteinplanung ist dadurch noch nicht möglich. Denn welches Interesse sollte die Rathauskoalition haben, um diese nicht so umzusetzen, frage ich mich. Die Vergangenheit hat doch oft genug gezeigt, dass die KPÖ nie bei Bildung gespart oder sich einem Projekt in diesem Bereich versperrt hat. Wie Sie vielleicht noch wissen, hat in diesem Jahr die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ wesentliche Verbesserungen für die städtische Kinderbildung und -betreuung auf den Weg gebracht. Im Konkreten hat diese sich auf eine Prämie in der

Höhe von 1.000 Euro als Anerkennung für die harte Arbeit der städtischen Kinderbetreuer:innen geeinigt. Darüber hinaus wird ab Anfang des nächsten Jahres ein neues Gehaltsschema für Pädagog:innen in Kraft treten, welches ein um etwa 200 Euro höheres Einstiegsgehalt vorsieht. Auch das Land Steiermark hat es von uns übernommen. Abschließend ist festzuhalten, dass das Budget der ABI um 38,8 % innerhalb der letzten drei Jahre gestiegen ist. Das unterstreicht, dass die Stadtregierung den Wert der Bildung unserer Stadt nicht nur schätzt, sondern auch in wirtschaftlich äußerst schwierigen und unsicheren Zeiten priorisiert. Noch ein Wort zur Rede von dir, Anna Hopper, in der du der Koalition „Frauenfeindlichkeit“ vorwirfst. Fakt ist erstens, dass die Rate der Vollzeitbeschäftigungen im Kinderbildungsbereich von 64 auf 76 % erhöht wurde. Das ist ein effektiver Schritt gegen die Teilzeitfalle in einem Berufsfeld, in dem überwiegend Frauen tätig sind. Fakt ist zweitens, dass mit der Einführung der Überschneidungsstunde die prekären Arbeitsverhältnisse, die über viele Jahre der ÖVP-Ressortverantwortung zurückgedrängt werden. Die Vollzeitstellen von Betreuer:innen wurde verdoppelt! Und umgekehrt zuvor 32 % Betreuer:innen unter 20 Stunden pro Woche angestellt, jetzt sind es nur mehr 8 %. Fakt ist drittens, dass das neue Gehaltsschema, wie gesagt, sogar vom Land Steiermark übernommen wird. Und Fakt ist viertens, dass die Stadt Graz 2 Millionen Euro für die Erhöhung der Gehälter aller Kindergartenträger in die Hand nimmt. Und mehrmals geisterte nicht nur in Regionalmedien, aber auch in Diskussionen mit Kulturarbeiter:innen das Gerücht, Stadtrat Eber wolle den Teuerungsausgleich von 12 % zusätzlich zur Basisförderung für die Jahre 2024 und 2025 nicht absichern. Doch genau dieses Stück werden wir auch heute beschließen. Da frage ich mich, ob es sich ausgezahlt hat, die Kulturszene monatlich zu verunsichern. Ich finde nicht, Herr Stadtrat, denn am Ende des Tages zeigt dieses Budget noch einmal, dass Ihre Behauptung „Die Budgets für Soziales und Umwelt wurden massiv angehoben, die meisten anderen Budgets wie etwa Kultur, Wirtschaft oder Tourismus werden seit Beginn der aktuellen Regierungsperiode gekürzt.“ einfach nicht stimmt. Denn die ÖVP-regierten Ressorts enthalten 59 % des gesamten Budgets. Diese Zahl zeigt, dass wir als KPÖ, Grüne und SPÖ kein politisches Kleingeld wechseln wollen,

sondern uns die Themen: Bildung, Sport, Kultur und Wirtschaft wichtig sind und alles andere als vernachlässigt werden, weder inhaltlich noch finanziell. Erlauben Sie mir noch eine Schlussbemerkung. Die Menschen, die Sie, Herr Riegler, und Sie, Herr Hohensinner, jetzt neuerdings sogar per E-Mail verunsichern, werden am Ende des Jahres 2024 merken, dass die von Ihnen aufgestellten Behauptungen das sind, was viele eh schon ahnen: Schall und Rauch.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke vielmals. Als nächster Debattenredner Herr Klubobmann Huber für die ÖVP. Geschäftsführer, genau, Herr Gemeinderat. Ich habe ihn gleich zum Klubobmann gemacht. Macht aber nichts.

9.2 GR Markus Huber, ÖVP (15.17 Uhr – 15.32 Uhr)

GR **Huber**:

Ein rasanter Aufstieg. Mit der ÖVP geht es nur bergauf, Herr Stadtrat. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen Zuseher. Weil ja heute schon ein paarmal der Vergleich zum Verkehr gezogen wurde, möchte ich auch mit einem Vergleich zum Verkehr beginnen und auf den § 3 der Straßenverkehrsordnung eingehen, auf den sogenannten Vertrauensgrundsatz, der besagt, dass grundsätzlich jeder Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr, darauf vertrauen kann, dass andere Personen die maßgeblichen Rechtsvorschriften befolgen und niemand anderen Gefährden. Umgelegt auf die Finanzpolitik eines Politikers, heißt das dann so viel, wie die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass die gewählten Politiker die Budgetpolitik so gestalten, um für die derzeitige Generation optimale Lebensbedingungen zu schaffen und für zukünftige Generationen sicherzustellen, dass sie auf einem soliden und guten Fundament

aufbauen können. Und wenn wir uns jetzt die Budgetpolitik von der KPÖ, von Grün und von der SPÖ genauer ansehen, dann muss ich leider zu drei Dinge feststellen, erstens das in euch gelegte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, habt ihr mit diesem Budgetvorschlag missbraucht, das Fundament für zukünftige Generationen zerstört und die maßgeblichen Rechtsvorschriften für die Erstellung eines Budgets werden von euch einfach nicht eingehalten. Denn, wenn man sich zum Beispiel den § 32 der Haushaltsordnung der Stadt Graz ansieht, hätte uns dieses Budget gar nicht vorgelegt werden dürfen, denn dieses Budget ist durchwegs rot und wenn man dann weiterliest in den Statuten unserer Stadt, im zweiten Abschnitt zum Thema Haushaltsführung unter dem § 88 Abs 4, erkennt man schnell, das unser Finanzstadtrat zum Thema Statuten und Haushaltsführung nicht wirklich am neuesten Stand ist, denn da steht nämlich geschrieben: Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes ist anzustreben. Er ist ausgeglichen, wenn die Summe der Erträge die Summe der Aufwendungen erreicht, übersteigt oder durch Inanspruchnahme der Haushaltsrücklage deckt werden kann. Also für alle, die jetzt in der Finanzpolitik nicht ganz so firm sind, auch unser Herr Finanzstadtrat, das heißt so viel, der operative Saldo sollte zumindest null sein. Im besten Fall, wenn man ganz eine gute Politik macht, ist er positiv. Und jetzt schauen wir uns einmal die Planungen des operativen Saldos der KPÖ, Grün und SPÖ an für die nächsten Jahre bis 2028. 2024 starten wir einmal mit -38,5 Millionen, 2025 sind es -2,6 Millionen, dann im voraussichtlichen Wahljahr 2026 sind wir bei -34,3 Millionen, 2027 sind wir bei -33,8 Millionen bis zum Höchststand 2028 von 38,8 Millionen Euro. Und jetzt hören wir ja die ganze Zeit, dass die KPÖ den Blick unten nie verloren hat, obwohl wir jetzt Bürgermeister Partei sind. Das Problem bei dem Ganzen ist nur, ihr habt den finanziellen Überblick verloren in dieser Stadt, meine lieben Freunde. Denn das ist genau die Art und Weise einer Entwicklung, die 2022 zur Pleitewarnung durch den Stadtrechnungshofdirektor geführt hat und ein Jahr später muss ich sagen, anscheinend hat der Herr Finanzstadtrat nicht dazugelernt beziehungsweise hat diese Warnungen in das Reich der Fabeln verwiesen, denn wie kann man sich sonst diese Zahlen und diese Entwicklung erklären? Und ich selbst bin daheim zu dem Schluss gekommen, oder zu drei Schlüssen, und einer wird ja wohl

stimmen, erstens der Herr Finanzstadtrat hat noch nie etwas mit den Statuten anfangen können beziehungsweise hat noch nie hineingelesen, kann sein. Zweiter Punkt, Sie verstehen es einfach nicht was drinnen steht, wäre traurig, aber kann natürlich auch vorkommen. Aber, und ich glaube, das ist dann der dritte Punkt, der zustimmt, die derzeitige Koalition will auf Biegen und Brechen ihre Klientelpolitik durchsetzen und ihr ist egal, dass ich damit das Fundament von zukünftigen Generationen zerstört. Hauptsache, die Wiederwahl ist gesichert. Und schauen wir uns einmal einen operativen Saldo, zum Beispiel aus dem nächsten Wahljahr an, 2026, da muss die Stadt Graz zum Beispiel 15 Millionen an das Land an Sozialhilfeabgaben leisten. Das ist die Geschichte, wo die Frau Bürgermeisterin Elke Kahr und der Herr Finanzstadtrat Manfred Eber es verlässlich verabsäumt hatten, frühzeitig mit den Verantwortlichen im Land zu verhandeln um diese Last von der Stadt fern zu halten. Herr Finanzstadtrat, da haben Sie wirklich recht, es wird mit Ihnen nicht besser. Es stimmt wirklich.

Bgm.ⁱⁿ Kahr: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Herr Gemeinderat Huber, das ist jetzt eine tatsächliche Berichtigung meinerseits. Sie können die Protokolle nachlesen, der Herr Magistratsdirektor ist da. Das, was Sie jetzt hier gesagt haben, ist definitiv nicht wahr. Und Sie können den Präsidenten vom Städtebund in der Steiermark fragen, den Herrn Wallner, der wird es Ihnen bestätigen. Ich wollte nur sagen, es ist wichtig, Sie können immer ...

GR Huber:

Wird das jetzt von meiner Zeit abgezogen?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Sie brauchen keine Sorge haben, ich lasse Sie ausreden, das ist nicht politisch, aber ich ersuche immer nur bei der Wahrheit zu bleiben, sonst gar nichts.

GR Huber:

Dann machen wir es kurz. Die Wahrheit ist, dass ihr einfach keine Budgetpolitik könnt. Aber jetzt wieder zurück zu meiner Rede. Also ich bleibe dabei, das ist der Punkt, wo ihr fahrlässig nicht verhandelt habt mit dem Land und es zieht sich halt leider durch, durch den gesamten Haushalt. Es gibt keine vorausschauende Finanzpolitik der KPÖ. Und Manfred Eber, du hast das eh angesprochen, Politik ist manchmal nicht fair. Ja, das ist so, das hast du heute gesagt in deiner Rede, ja, ich habe aufgepasst zumindest. Aber eines muss man halt sagen, das hat nichts mit gerecht oder ungerecht zu tun, das hat einfach damit zu tun, dass man frühzeitig und richtig verhandeln muss mit den richtigen Partnern, und dann geht das schon. Und gleichzeitig in dem Jahr, also wir erinnern uns, wir sind im wahrscheinlichen Wahljahr 2026 und gleichzeitig wird in diesem Jahr das Budget von der Bürgermeisterin Elke Kahr und den Stadträten Judith Schwentner und Robert Krotzer insgesamt und knapp 80 Millionen im Vergleich zum Budget von 2022 erhöht. Und das voraussichtliche Wahljahr, also ein Schelm, wer Böses denkt, dass da im voraussichtlichen Wahljahr nicht schon Wahlzuckerl auf Kosten des Steuerzahlers von der Koalition im Budget eingepreist sind. Weil zählt man diese zwei Punkte zusammen, kommt man auf knapp 33 Millionen, der operative Saldo ist -34,3 Millionen. Also da sieht man, wenn man ein bisschen vorausschauende Finanzpolitik macht, wären wir da schon fast auf null. Aber das ist leider mit der KPÖ nicht machbar, weil eine Folie hat mir bei dir besonders gefallen heute. Das war die mit den vielen Fragezeichen, weil viel was anderes bleibt bei einer Budgetpolitik leider nicht übrig, lieber Manfred. Aber eine weitere wichtige Kennzahl im Budget ist ja die Entwicklung der Schulden. Und da hat es immer geheißen mit der ÖVP, da gehen die Schulden nach oben in der Stadt Graz und da gibt es gar kein Halten mehr. Na ja, dann schauen wir uns einmal die Schuldenentwicklung mit einer KPÖ an, plus 52 % bis zum Jahr 2028. Aber ich kann jetzt jeden beruhigen, der jetzt glaubt, das werden wir nie

mehr schaffen. Also ich habe gestern mit Begeisterung die Zeitung gelesen und da hat unser Finanzstadtrat Manfred Eber schon medial verkündet, er hat zwei Asse Ärmel, die er im Juni präsentieren möchte. Also eins möchte ich jetzt nur festhalten, wenn eines dieser Asse die Abschaffung der Bezirksdemokratie ist, da werden wir als ÖVP auf Landes- und auf Stadtebene alles dafür tun, damit die Bezirksdemokratie nicht abgeschafft wird. Den können wir euch schon ziehen, diesen Zahn. Aber auf gut Deutsch heißt das, wir haben im Juni dann halt wieder einen Budgetgemeinderat. Und das taugt mir schon an dir, Manfred, ich meine, finanzpolitisch haben wir vielleicht Verbesserungsbedarf, aber seitdem du Stadtrat bist, hat das schon einen gewissen Happening-Charakter was hier passiert. Also langweilig wird es zumindest nicht. Aber ich möchte jetzt gar nicht zu sehr auf unseren Finanzstadtrat einschließen, weil er ist ja nur das ausführende Organ in seiner Koalition, in Wahrheit auch ein bisschen arm, wenn er das tun muss, diese Politik. Aber dann schauen wir uns einmal die anderen Ressorts an. Das ist jetzt zum Beispiel einmal die selbsternannte Stadtgestalterin und Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, die lässt sich ihr Budget um knapp 7 Millionen aufwerten im Vergleich zum Budget 2022. Und dann habe ich mir so für mich gedacht, na ja, was für einen Grund hat die KPÖ, dass sie das macht? Und nach ein bisschen überlegen, muss ich sagen, na ja eigentlich ist das gar keine schlechte Strategie von euch, weil irgendwie hat man da ein bisschen das Gefühl, da wird halt die Koalitionstreue erkaufte, in dem Wissen, dass die Grünen 2026 eh kein ernst zu nehmender Konkurrent für den Bürgermeistersessel sein werden mit dieser Art von Politik, und da kann man ruhig ein bisschen mehr Budget geben. Das stört ja dann nicht. Und zu meinem Vorredner, dem Kollegen Hackenberger, also Werbung für die Grünen war dieser Auftritt heute keiner, das muss schon ehrlich sagen. Und die beiden KPÖ-Stadträte schlagen leider in dieselbe Kerbe. Also der Robert Krotzer, der ist mit seinen 3 Millionen schon fast ein bisschen bescheiden. Und dann kommt die Frau Bürgermeisterin, die hat gleich wie die Frau Vizebürgermeisterin, knapp 7 Millionen mehr pro Jahr, zusätzlich ein Sparbuch mit knapp 11 Millionen drauf. Und da frage ich mich schon, was passiert eigentlich mit diesem Geld? Ist es schon Wahlkampfbudget? Ist das ein Fördertopf, der da aufgebaut wird für die angeblich 30.000 Personen im

Karteikartensystem der KPÖ? Also was passiert da? Und ich weiß nicht, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ob Sie Weihnachten feiern, aber Weihnachten ist immer die Zeit der Großen Licht ins Dunkel Show. Vielleicht können wir heute im Gemeinderat einmal eine Licht ins Dunkel Show veranstalten und Sie klären uns einfach kurz darüber auf, was Sie mit diesen 11 Millionen planen. Aber zusammenfassend kann man festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, so sieht ein Budget aus, das einzig und alleine einen Sinn und Zweck hat, nämlich die Wiederwahl von KPÖ und den Grünen zu sichern. Von einer Zukunftsidee und Chancengerechtigkeit in unserer Stadt fehlt leider jede Spur, denn, und das ist heute eh schon ein paarmal erwähnt worden, also mir kann das ja kein Politiker verantwortungsvoll erklären, warum der Bildungsbereich mit 6 Millionen unterdeckt ist und unser Stadtrat Kurt Hohensinner wichtige Leistungen streichen muss. Und jetzt muss ich schon sagen, ihr macht hier Politik auf Kosten einer Generation und entzieht denen das gute Fundament für das weitere Leben. Und jetzt muss man sagen, ok, von der KPÖ, ja, euch interessiert das Karteikartensystem, alles andere ist wurscht, den Grünen ist die Wiederwahl wichtig. Aber eines muss ich schon sagen, dass hier die SPÖ bei so einem bildungsfeindlichen Budget mitstimmt, die selbsternannte Partei der Bildungsgerechtigkeit, die Partei, die immer von sich selbst erzählt, dass sie mit einem Bundeskanzler Bruno Kreisky die Möglichkeit geschaffen hat, dass jeder alles werden kann in diesem Land, dass jeder die Matura machen kann, dass jeder studieren gehen kann, dass ausgerechnet ihr da mitstimmt, ist an Absurdität nicht zu überbieten. Und ich möchte da wirklich einmal wissen, was der wiedergeborene Bruno Kreisky in Form vom Andreas Babler dazu sagt, weil der steckt das ja wirklich auf die Fahne immer drauf, dass er die Chancengerechtigkeit hochhält. Also, möchte ich schon wissen, was er was dazu sagt, dass der SPÖ Graz hier mitstimmt. Und das gleiche gilt halt auch leider für den Wirtschaftsbereich. Was das Wirtschaftsbudget betrifft ist es so, dass das Budget in den Jahren seit 2021 nicht nur nicht an die Inflation angepasst wurde, sondern sogar gekürzt wurde. Und da wird aber unser Herr Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler in seiner Spezialrede alles aufzeigen, aber anstatt, dass ihr da nach neuen Einnahmequellen sucht ...

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Sie sind jetzt drei Minuten über der Redezeit, möchte ich Sie nur aufmerksam machen.

GR Huber:

Ja, aber ich bin ja auch unterbrochen worden.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ja, aber nicht drei Minuten. Nein, tun Sie bitte weiter und kommen Sie zum Schluss.

GR Huber:

Ist eh nicht mehr viel. Das passt schon. Aber ich danke Ihnen, dass ich immer unterbrochen werde, das ist ein sehr netter Zug von Ihnen. Aber anstatt, dass ihr nach neuen Einnahmequellen sucht und die Wirtschaft fördert, weigern sie sich, die Grünen und die KPÖ, zum Beispiel die neue Baustellenförderung richtig umzusetzen und auf den Weg zu bringen. Da ist wahrscheinlich dieses grüne Ego größer als die Lust auf eine schnelle Hilfe für die Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Stadt. Und sehr geehrte Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, so ist in dieser Stadt keine Politik zu machen, die eine gute Zukunft sicherstellt. So sieht eine Politik aus, die rein die eigene Klientel bedienen möchte und der ist egal ist, was mit dem Rest der Bevölkerung geschieht, Hauptsache, die Wiederwahl ist gesichert. Und abschließend muss man sagen, dieses Budget ist das in Zahlen gegossene kollektive Versagen dieser Koalition auf Kosten ganzer Generationen in unserer Stadt. Und deswegen werden wir hier als ÖVP nicht mitstimmen. Und ich möchte auch bei meiner Kollegin Anna Hopper anknüpfen, also wir würden uns sehr freuen, wenn es möglich wäre, heute namentlich abzustimmen, denn heute wäre der Tag, wo jeder Gemeinderat, jene Gemeinderätin

einmal Farbe bekennen muss, ob er wirklich an einer guten Zukunft für unsere Stadt interessiert ist oder ob er oder sie dieses zukunftsvergessene Budget mittragen möchte. Danke.

**9.3 GRⁱⁿ DIⁱⁿ Zeynep Aygan-Romaner, Grüne
(15.33 Uhr – 15.42 Uhr)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

So klingt beleidigt sein. Sehr geehrte Damen und Herren in diesem Raum und im Livestream. Ich habe heute die Ehre, heute die Spezialrede zum Budget für die Grüne Fraktion zu halten. Und die, die mich kennen wissen, ich bin einerseits ein Mathe-Nerd, aber wir haben schon genug Zahlen heute gehört, aber ich bin auch ein Sprachen-Nerd. Da habe ich mich natürlich sofort gefragt: Woher kommt das Wort? Warum benutzen wir es heute und weiter, was bedeutet das Budget 2024 für uns hier und jetzt? Aus der Herkunft von Wörtern lassen sich nämlich gesellschaftliche Entwicklungen genauso ablesen wie aus Zahlen. So war Bougette, ein französisches Wort, ursprünglich ein Ledersäckel für Geld, das geöffnet wurde, um die Geldmittel für Vorhaben zu zeigen und festzulegen. Was vor 200 Jahren ein Ausleeren einer Lederbörse war, ist heute ein komplexes Zahlenwunder. Aber das Prinzip ist damals wie heute das Gleiche: Menschen, die die Verantwortung übernommen haben, eine Stadt lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten und fortzuführen, bringen Ideen und Gedanken planvoll in Umsetzung, indem sie das Budget, ich bevorzuge das Wort Haushaltsplan, als Instrument nutzen, um diese Umsetzung zu ermöglichen. Mit diesem Bild der Ledertasche im Kopf sind die Kolonnen an Zahlen, und wenn man das ausdrückt, das Budget, ist das so ein Stapel an Papier, nicht mehr ganz so abweisend, sondern ein bisschen nahbarer. Was bedeutet der Haushaltsplan für 2024 für uns und für die Stadt Graz? Der Haushaltsplan bedeutet für uns in erster Linie, dass wir alle, in der Regierung und in der Opposition, wirklich alle hier in diesem Raum,

Verantwortungen übernommen haben und diese mit Hilfe eines Finanzplans aus der Sphäre der abstrakten Vorstellung, der Visionen und auch der Versprechen auf den Boden der Tatsachen bringen. Wir haben die Verantwortung übernommen, für eine sozial gerechtere Stadt zu sorgen: Wir bauen den städtischen Wohnbau weiter aus. Menschen mit geringem Einkommen können weiterhin mit der SozialCard gut am städtischen Leben teilnehmen. Wir haben die Verantwortung übernommen, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Wir tragen dafür Sorge, dass ausreichende und gut ausgestattete Gebäude für den Schulunterricht zur Verfügung stehen und dass wichtige Angebote wie Schulsozialarbeit vorhanden sind. Wir tragen dafür Sorge, dass unsere Kleinsten in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gut betreut und pädagogisch unterstützt werden. Wir alle haben die Verantwortung übernommen, allen Grazerinnen und Grazern klima- und sozial gerechte Mobilitätsformen zu ermöglichen. Wir investieren in die Straßenbahn und in die Rad- und Fußinfrastruktur. Wir haben die Verantwortung für die Gesundheit der Menschen übernommen. Maßnahmen für mehr Grün und Kühlflächen, eine Baumschutzverordnung und eine klimagerechtere Stadtplanung für bessere Luft, sauberes Wasser und weniger Lärm. Wir haben die Verantwortung übernommen, als Menschenrechtsstadt Menschenwürde und Gleichstellung voranzutreiben und diejenigen einzubeziehen, die an den Rändern der Gesellschaft stehen. Wir alle haben die Verantwortung übernommen, Investitionen für die Zukunft zu tätigen und unsere Daseinsvorsorge zu garantieren. Wir haben die Verantwortung übernommen, Kreativität und Innovation zu fördern und das Wirtschaftsleben in der Stadt zu unterstützen. Mit einer Baustellenförderung im nie gesehenen Umfang unterstützen wir Betriebe, die aufgrund der Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte belastet sind. Wir haben die Verantwortung übernommen, das kulturelle Leben in unserer Stadt zu ermöglichen und zu fördern. Wir erhöhen die mehrjährigen Förderverträge und auch „Fair Pay“ ist im Haushaltsplan 2024 abgebildet, anders als im Land, das offenbar darauf wartet, dass wir in der Stadt Schritte setzen. Wir haben die Verantwortung übernommen, auf das eigene Tun im Haus Graz zu schauen, und auch hier Einsparmöglichkeiten zu suchen. Mit dem Kommunalen Plus werden wir hoffentlich, und ich bin sicher, dass wir

das machen werden, einen relevanten Betrag einsparen, der uns im laufenden Haushalt und bei neuen Investitionen Spielräume für die kommenden Jahre eröffnet. Ich verwehre mich dagegen, dass das belächelt wird, wie das mehrfach passiert ist. Wir haben die Verantwortung übernommen, alle gemeinsam. Die Voraussetzungen, einen tragfähigen Haushaltsplan vorzulegen, waren, wie wir alle wissen, nicht gerade rosig. Wir haben mit diesem vorliegenden Haushaltsplan ein Stück Handwerkskunst vor uns, die Kunst, aus einer superschwierigen finanziellen Lage das Bestmögliche herauszuholen. Diese Kunst beherrschen zu unser aller Glück der Finanzdirektor Johannes Müller und sein Team in der Finanzdirektion. Noch einmal ein Applaus an Johannes Müller und sein Team, der Held des Tages. Wir, die Verantwortung angenommen haben, maßen uns nicht an, auf alle Fragen selber eine Antwort parat zu haben, oder wir wüssten allein, was für unsere Gemeinschaft das Beste ist. Wir haben Gremien, die uns beraten und uns dabei helfen, die bestmöglichen Entscheidungen für alle zu treffen. Der Menschenrechtsbeirat, der Klimarat, der Frauenrat, der Migrant:innenbeirat, der Kulturbeirat, der Naturschutzbeirat, der interreligiöse Beirat, Mehr Zeit für Graz und noch einige mehr, sie alle sorgen dafür, dass die Themen und unsere Richtung stimmen. Sehen wir also den Haushaltsplan, der uns heute vorliegt, als eine Erzählung, die in der Sprache der Zahlen erzählt, wie wir alle gemeinsam in eine klimagerechte Zukunft gehen können und dabei niemanden zurücklassen müssen. Danke.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (15.42 Uhr).

**9.4 GR Manuel Lenartitsch, SPÖ
(15.43 Uhr – 15.55 Uhr)**

GR Lenartitsch:

Schon viele sind im Moment ja nicht da. Werte Stadtregierung, liebe Gemeinderäte, liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Jugend, die sich heute auch per Livestream die Budgetdebatte anhört. Ich bin schon sehr gespannt auf die Diskussion morgen, die wir fühlen werden, was ihr für ein Bild von uns als Stadtpolitiker zeichnet. Stillstand ist selten ein Zeichen von Qualität, in der Verkehrspolitik bedeutet Stillstand letztlich sogar Rückschritt und, wenn Sie so wollen, führt zu Stau. Gewachsene Städte wie Graz werden nämlich nie und nimmer in dem Sinne verkehrsgerecht, dass sie Bewohner:innen wie Einpendler:innen und Besucher:innen uneingeschränkte individuelle Mobilität bieten. Wer solches verspricht, ist entweder Populist oder führt etwas Böses im Schilde. Es gilt vielmehr, Prioritäten zu setzen, um eine menschengerechtere Stadt zu gestalten, indem wir, wenn Sie so wollen, einen bewohner:innengerechten Verkehr ermöglichen. Dafür stehen wir als Sozialdemokrat:innen, das ist der Weg dieser Koalition. Das schlägt sich auch in diesem Budget nieder. Bevor jetzt gleich ein Aufschrei kommt: Ich habe nur von Prioritätensetzungen gesprochen, nicht von irgendwelchen Verboten. Es wird hier ja wohl niemand meinen, oder glauben, oder auf die Idee zu kommen, dass es keine Kfz in dieser Stadt geben wird und dass der Individualverkehr in dieser Stadt grundsätzlich verboten werden wird. Wahr ist aber, wenn wir verhindern wollen, dass die Grazerinnen und Grazer von einer zunehmenden Verkehrslawine überrollt werden, muss es uns gelingen, die Kraftfahrzeugsverkehr insofern weitgehend einzuschränken, als wir die sanfte Mobilität als die bessere Alternative attraktiver machen. Was heißt das vereinfacht gesagt? Wir werden umsteigen. Wir werden umsteigen zugunsten dieser Klimaveränderung, die wir gerade erleben. Wir laden auch alle ein umzusteigen, umzusteigen auf den öffentlichen Verkehr, auf das Fahrrad oder vielleicht auch auf das Zufußgehen. Viele Statistiken zeigen uns, wie viele Wege wir vielleicht anders erledigen könnten, als wir es momentan vielleicht mit unseren Fortbewegungsmitteln

machen. Es würde uns guttun, es würde der Stadt guttun und es würde vor allem dem derzeitigen Klima guttun und es fühlt sich auf jeden Fall besser an und es lebt sich dadurch besser in unserer Stadt. Deshalb ist es ja so wichtig, dass wir allen budgetären Engpässen zum Trotz, weiter konsequent auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs setzen. Es war heute schon ein paarmal Thema: Brauchen wir, brauchen wir nicht, sind wir dafür, sind wir dagegen? Ich glaube, einige bei uns hier im Saal, wissen ganz genau, es wird sie die Zukunft dann einholen, oder die Vergangenheit dann in der Zukunft einholen, wenn es um bestimmte öffentliche Verkehrsmittel hier in dieser Stadt geht, wo man vielleicht nicht d'accord dafür war, sie umzubauen. Es ist heute schon von Remisen gesprochen worden. Machen sie Sinn, machen sie das nicht? Wenn ich ein Fahrzeug besitze oder wenn man sich die alten Garagen anschaut, die die Mehrparteienhäuser haben, die Fahrzeuge werden größer, somit auch unsere Straßenbahnen oder die Busse, dementsprechend muss man das Equipment, wie Häuser, auch verändern. Das braucht man ganz einfach, da hilft es nichts, einfach nur in die alte Garage mit dem breiteren Auto hineinzufahren, da hätte ich vielleicht einen Schaden dadurch. Macht keinen Sinn, es würde dann auch wieder heißen, ihr habt nicht vorgesorgt. Der öffentliche Verkehr ist nun einmal das Trumpf As in der Verkehrswende. Wobei es in diesem Zusammenhang durchaus auch weit über die Stadtgrenzen hinaus und überregional zu denken gilt. Graz ist keine Insel, und schon gar nicht eine Verkehrsinsel. Vieles ist in der Hinsicht ja schon in Bewegung, etwa mit dem S-Bahn-Konzept, ebenso mit der Radwegeoffensive. Wir haben da erfreulicherweise mit dem Land, in diesem Fall ist es der Landeshauptmann-Stellvertreter Toni Lang einen großen Verbündeten auf Landesebene. Und ganz offensichtlich gibt es auch Unterstützung aus dem Verkehrsministerium, wie die jüngste Kostenbeteiligung am ÖV-Ausbau zeigt. Aber ich sage es offen und frei heraus: Es darf, kann und muss durchaus deutlich mehr sein, dass das Land Steiermark wie der Bund zur Verkehrswende in Graz beitragen. Wir sind das pulsierende Herz des Zentralraumes in der Steiermark. Wir sind eine große Stadt, wir sind die zweitgrößte Stadt Österreichs. Und das ganze Geld in Wien zu lassen wäre ein bisschen unfair, sondern man sollte es in ganz Österreich, aber vor allem auch bei

uns in Graz gerecht verteilen. Wir brauchen großzügige Park-&-Ride-Lösungen, nicht nur am Stadtrand, sondern auch etwas weiter draußen. Wir brauchen ein leistungsfähiges, engmaschiges Schienen- und Busliniennetz in der Region. Wir sprechen nicht nur, wenn wir unsere Busse anschauen, von den innerstädtischen, wir liefern oder beziehungsweise wir bringen die Leute überregional in die Stadt und auch wieder hinaus. Wir brauchen deshalb einen umfassenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Graz und wir brauchen eben, wie gesagt, die Partner, den Bund und das Land für diese Verkehrswende. Sie sind die Voraussetzung für eine Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt. Und das, glaube ich, haben sich unsere Bürger, die Grazerinnen und Grazer, sehr wohl verdient. Wobei wir natürlich auch im Kleinen unsere, ich sage es bewusst, unsere Hausaufgaben leisten müssen. Ein Thema, das mir dabei besonders unter den Nägeln brennt, ist die Sicherheit in den niedrigeren, in den nach gereihten Verkehrsflächen, spricht die Tempo-30-Zonen. Und nein, das ist nicht ein Steckenpferd von mir, sondern das ist die Rückmeldung aus den Bezirken, wo die Leute wohnen. Die sagen, es ist zwar schön, dass wir Tempo 30 soweit ausgebreitet oder verbreitet haben, allerdings wird es zu wenig kontrolliert und somit werden eigentlich die Fahrzeuge, die sich da bewegen, nicht mit 30 durch die Straßen gezogen, sondern mit weit überhöhtem Tempo. Das ist wirklich eine enorme Kritik, die aus der Bevölkerung kommt. Und was nützt es uns, ein Tempo 30 zu verordnen, wenn es dann keiner einhält und sich keiner darum kümmert, dass es eingehalten wird? Ich denke da auch an die weitläufigeren Zonen, wenn man sagt, wir haben in der beschränkten 30er-Zone am Anfang und am Ende die Beschilderung, wir brauchen es auch dazwischen, entweder Schilder oder andere Hinweissachen, wie zum Beispiel Bodenmarkierungen, wie die von mir auch schon, glaube ich, manchmal erwähnten Haifischzähne, weil einfach der Fahrzeuglenker dann auf etwas aufmerksam gemacht wird, dass er sich einfach dementsprechend verhält. Es gibt ja bei uns eher selten, aber auch wenn man, man braucht nur über die Stadtgrenze hinausfahren, Richtung Thal, da arbeiten sie mit solchen Bodenmarkierungen. Und wenn man dort mit den Leuten redet, ist die Rückmeldung: Es hilft, die Leute fahren dort vorsichtiger und sind einfach langsamer unterwegs. Warum man Graz so quasi diese Möglichkeit nicht nutzt, weiß

ich nicht. Aber vielleicht wird es auch in nächster Zeit doch einmal passieren, dass wir dementsprechend vielleicht in einem kleinen Grazer-Viertel so einen Modellversuch starten, um selber zu schauen, wie er sich dort verändert. Warum ich das Beispiel gerne angeführt habe? Weil ich glaube, dass ebenso wir im großen, umfassenden verbessern und der großzügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs durch Verbesserungen für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen in Angriff nehmen müssen. Der Straßenraum muss einfach neu aufgeteilt werden. Ihr merkt es selber, vielleicht die älteren, heute ist ja schon mal das Wort honorig gefallen, die älteren Personen, die vielleicht in der Vergangenheit mehr mit dem Auto gefahren sind, steigen auch schon um, zu Fuß einfach nur zum Supermarkt oder vielleicht auch mit dem Fahrrad oder anders sich fort zu bewegen. Es muss nicht alles mit dem Auto so quasi erledigt werden. Ebenso liegt uns die Durchwegung in dieser Stadt, die Stadt der kurzen Wege, sehr am Herzen. Ich glaube, das würde auch guttun, wenn wir hier etwas schneller vorangehen. Ebenfalls, um noch einmal auf den öffentlichen Verkehr zurückzukommen, die Infrastruktur, dass Haltestellen dementsprechend ausgebaut sind, und nicht zu vergessen auch auf den Fahrradstrecken beziehungsweise im Stadtgebiet einfach mehr Toilettenanlagen. Es gibt für uns vieles zu tun und ich glaube, in diesem Budget ist es auch gut abgebildet. Damit möchte ich auch schon schließen und mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzdirektion und bei den Menschen, die mitgearbeitet haben beim Kommunalen Plus, dort hinzuschauen, wo es vielleicht manch einem wehtut, aber wo es Handlungsspielraum gibt, wo man Sachen noch verändern kann. Und ich denke, mit diesem Budget gehen wir stabil ins nächste Jahr. Danke.

**9.5 GR Mag. Michael Winter, KFG
(15.56 Uhr – 16.04 Uhr)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich biete einen milden Einstieg, auch wenn der Herr Finanzstadtrat schon die Flucht ergreift. Joseph Alois Schumpeter, einer der bekanntesten Ökonomen des Zwanzigsten Jahrhunderts, durchaus auch ein Kapitalismuskritiker und wird wahrscheinlich auch den ein oder anderen ideologisch Interessierten aus der Links-Koalition durchaus bekannt sein. Perfekt, Herr Kollege Luttenberger. Schumpeter und Graz verbindet einiges. Einige Jahre seiner Kindheit hat er in Graz verbracht, einige Jahre hat er an der Universität gelehrt. Aber es gibt auch ein sehr für das Grazer Budget durchaus maßgeschneiderte Zitat von Schumpeter, was auf das Budget von Graz sehr, sehr gut zutrifft. Zitatbeginn: „Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve.“ Zitatende. Und von einer Budgetreserve sind wir leider Gottes in Graz sehr, sehr weit entfernt und waren wir der Fairness halber auch immer sehr, sehr weit entfernt. Ein Schuldenstand von gegenwärtig über 1,6 Milliarden Euro. Schuldengraben und finanzielle Lichtjahre trennen uns von dieser Budgetreserve. Das Geld fehlt bekanntlich an allen Ecken und allen Enden, die Zahlen im Budget, dunkelröter als das ideologische Herz des Herrn KPÖ-Finanzstadtrat. Und ich habe Ihre Rede doch sehr aufmerksam verfolgt und ich habe in dieser Rede sehr viele Ausreden, oder nennen wir es höflich, Erklärungsversuche für diesen Vorschlag gefunden. Wir haben einiges gehört über die unterschiedlichsten externen Faktoren, wir haben durchaus auch einiges gehört über Enteignungsphantasien und Vermögenssteuern. Aber wissen Sie, was wir auch nicht gehört haben? Und da geht es jetzt nur um das Zeigen eines guten Willens. Wir haben nicht gehört, das Wort Einsparung. Wir haben nicht gehört, das Wort Einsparungsversuch. Wir haben nicht gehört, eine vernünftige Reduktion im budgetären Bereich. All das haben wir nicht gehört. Und selbstverständlich haben auch Sie gewisse Altlasten und externe Faktoren, mit denen Sie kämpfen müssen. Aber was Sie hier betreiben, mit diesem Vorschlag ist, dass Sie ein weiteres Kapitel einer

budgetären Horrorgeschichte aufschlagen und das uns vorlegen. Und Sie müssen einsehen, dass die gesamte Opposition, davon ist auszugehen, diese Horrorgeschichte so nicht mittragen wird. Was erleben wir gegenwärtig in Graz? Ideologische Wunschprojekte, kostspielige Träumereien und es ist in diesem Zusammenhang durchaus schade, dass die Frau Vizebürgermeisterin nicht anwesend ist. Ich kann mich an die letzte Budgetrede von ihr erinnern. Da hat sie 32-mal das Katastrophennarrativ des Klimawandels bedient. Da hat sie von sich aus behauptet und sich angemaßt, dass das Weltklima auch von Graz heraus gerettet werden muss. Und zwar koste es, was es wolle. Was haben wir noch erlebt, oder was erleben wir noch? Wir erleben Straßenumbenennungen, ein reines Ideologieprojekt nicht zugunsten der Bürger, nicht zugunsten der Unternehmer, genau das Gegenteil, zu Lasten der Unternehmer. Was erleben wir noch alles? Unsummen für teilweise absurde Kulturprojekte, Subventionen für fragwürdige Vereinsprojekte. Und ich kann mich auch erinnern an die Diskussion vor einigen Monaten mit der Frau Kollegin Wutte, schade, dass sie jetzt nicht da ist, ein Vereinsprojekt, wo es darum gegangen ist, Migranten das Hobby des Wanderns näher zu bringen. Das haben wir damals mit einigen 1.000 Euro in der Mehrheit beschlossen. Und man fragt sich natürlich, muss alles, muss alles in dieser Variante vom finanziell blutenden Steuerzahler da draußen, der ohne dies unter der Inflation leidet, wie selten zuvor, in dieser Variante mitgetragen werden? Und verschweigen wir nicht, dass es die unterschiedlichsten Einsparungsmöglichkeiten gibt. Wir haben heute teilweise bereits einiges aufgelistet bekommen, mehrere 100.000 Euro für Blumentröge. Kann man sagen, ok, Maß und Ziel etwas überschossen. Die Grazer Bühnen, jährlich Förderung über 200.000 Euro, ein Geschäftsführer, der brutto über 14.000 Euro verdient. Brauchen wir das in dieser Höhe wirklich? Kulturförderung insgesamt über 6 Millionen Euro. Brauchen wir in dieser Höhe die Förderung wirklich? Brauchen wir Verfügungsmittel von einer Vizebürgermeisterin von 34.000 Euro? Und wäre es nicht möglich, dass für alle Stadträte, inklusive Frau Bürgermeisterin und Vizebürgermeisterin diese Summe mindestens 10 % reduziert wird? Brauchen wir diese Straßenumbenennungen, wo die Abteilung ganz klar sagt, sie kostet mindestens 20.000 Euro? Man kann diese Liste fortsetzen und ins Unendliche führen. Und es wird

wahrscheinlich insbesondere den einen oder anderen aus der linken Stadtkoalition überraschen aber der Weg aus der Krise führt über die Rückkehr zur Vernunft. Klingt einleuchtend, leider wird das nicht beherzigt. Und dieser Weg führt insbesondere über die Rückkehr zur finanziellen und zur politischen Vernunft. Und dieser Weg ist eigentlich leicht erkennbar für jeden, der nur die Bodenhaftung nicht verloren hat und einigermaßen sachlich versucht, die Lage zu analysieren. Weg mit all diesen teils sinnlosen Ideologienprojekten, wie den Straßenumbenennungen, weg mit diesen pompösen Kulturförderungen, in dieser Höhe, für teils fragwürdige Einzelpersonen und Vereine. Weg mit diesen teils wirklich zu kritisierenden Verkehrslösungen, die viele, viele Millionen verschlingen. Weg mit diesen Sozialleistungen, die teilweise gießkannenartig und antraglos ausgeschüttet werden, Stichwort SozialCard, ist heute schon mehrfach gefallen. Und in der Zusammenfassung weg mit all diesem politischen und budgetären Unfug. Und was wir in Graz brauchen, ist eine finanzielle Treffsicherheit, ist eine finanzielle Entschlackung und eine Konzentration auf die städtischen Aufgaben von denen die Bürger tatsächlich einen Mehrwert, einen tatsächlichen Output erfahren können. Hoher Gemeinderat, werter Stadtregierung, diesem Budgetvorschlag und dieser linken Stadtkoalition ist ein klares Zeugnis auszusprechen: An vernünftigen Einsparungen haben Sie scheinbar kein Interesse. Was Sie betreiben, ist auch keine vernünftige Budgetpolitik. Was Sie betreiben ist ein budgetärer Amoklauf und den werden wir so nicht mittragen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (16.04 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Besten Dank. Ich darf fragen, gibt es weitere Wortmeldungen zur Spezialdebatte? Herr Gemeinderat Pointner, gibt es noch weitere Wortmeldungen? Gemeinderat Wagner?